

Als ich vom Vorstand des Forära angefragt wurde, ob ich an der Generalversammlung ein Referat halten wolle, habe ich gerne zugesagt. Die Möglichkeit zu haben, vor vielen Menschen zu sprechen und mit ihnen zu kommunizieren, ist etwas vom angenehmsten als Politiker. In unserem Milizsystem, in welchem die Politiker direkt von der Bevölkerung gewählt werden, kennt man sich ja und es ist eine grosse Chance, dass man den Dialog pflegen kann. Daraus entstehen immer wichtige Anregungen und Gedanken für die Arbeit im Alltag. Ich habe also mit Freude angefangen, mir zu überlegen, was ich denn zum Thema „Städtische Alterspolitik – Vision versus Realität“ sagen könnte. Als ich dann in einem E-Mail von Herrn Fritschi erfuhr, dass der Vortrag 40 Minuten lang dauern sollte, ist mir schon etwas mulmig geworden. 40 Minuten zu sprechen ist eine nicht ganz einfache Aufgabe. Früher, als ich einige Jahre als Lehrer gearbeitet hatte, musste ich jeweils 45 Minuten Unterricht vorbereiten. Aber da war es ja wichtig, die Schüler miteinzubeziehen und nicht etwa ein derart langes Referat zu halten. Also musste ich mich auf eine grössere Sache einstellen. Ich habe mir dann aber gedacht, na gut, von den 40 Minuten kann ich ja einen Teil für eine Fragerunde mit Ihnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, verwenden. Als ich die Einladung zum heutigen Anlass sah, merkte ich aber, dass ich mich getäuscht hatte. Der Vorstand hat zwar auch an die Fragerunde gedacht, aber nicht etwa innerhalb meiner 40 Minuten, sondern anschliessend daran. Was soll ich denn nur so lange erzählen?

Auf der anderen Seite fand ich es aber auch motivierend, dass mir der Forära-Vorstand zutraut, 40 Minuten lang über die städtische Alterspolitik und meine Visionen zu sprechen. Entweder haben wir also eine so tolle umfangreiche Alterspolitik oder man traut mir überwältigende Visionen zu, die ich Ihnen heute vorstellen soll. So machte ich mich also nur leicht beunruhigt daran, mir weitere Gedanken zum Thema zu machen. Bis ich mich an das Referat an der letztjährigen Generalsversammlung von Dr. Jegge erinnerte. Das war so ausführlich und packend zugleich, dass ich mir nun schon ernsthaft Gedanken machte, wie ich etwas Ähnliches bewerkstelligen sollte.

Nun, wie Sie sehen, bin ich gekommen und stehe vor Ihnen und ich habe die ersten paar Minuten auch schon hinter mir, ohne etwas über die städtische Alterspolitik gesagt zu haben. Ohne nun jemandem nahe treten zu wollen, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass sich einige von Ihnen nun bestätigt fühlen, weil sie der Meinung sind, es gäbe ohnehin gar keine städtische Alterspolitik und die Politiker interessiere die ältere Bevölkerung rein gar nicht, sondern nur ihre eigene Wiederwahl. So habe ich es kürzlich immerhin in einer Medienmitteilung des Forära auf AZonline gelesen, also muss ja etwas dran sein. Oder etwa doch nicht? Haben Sie keine Angst, ich werde Ihnen schon noch etwas zur städtischen Alterspolitik zu sagen haben. Ich habe mich aber entschlossen, das ganze Referat gut einzuleiten, damit Sie etwas das Gefühl bekommen für den Redner, der da vor Ihnen steht, bevor er Ihnen Zahlen, Fakten und Visionen um die Ohren schlägt. Schliesslich muss man in ein solches Referat reinkommen, und zwar nicht nur als Redner, sondern auch als Zuhörer. Überdies habe ich es im bereits erwähnten Referat von Dr. Jegge im letzten Jahr sehr geschätzt, dass er viel Persönliches gesagt hat. Ich versuche das nun meinerseits auch zu machen. Ich habe mich übrigens entschieden, es wie Steve Jobs zu halten und ohne Powerpoint-Präsentation zu reden. Ich hoffe, dass Sie mir umso besser zuhören werden, wenn Sie nicht von Folien abgelenkt sind. Machen Sie sich bitte bemerkbar, wenn Sie etwas nicht verstehen oder ich Ihnen irgendwo zu schnell bin.

Wie Sie vielleicht wissen, habe ich im letzten Oktober einen Unfall erlitten, dessen Folgen auch heute noch anhalten, auch wenn es mir wieder viel besser geht als auch schon. Ich habe pressiert, als ich bei mir vor dem Haus den Bus erreichen wollte, und dabei bin ich auf regennasser Strasse in einer Kurve ausgerutscht und habe mit das Wadenbein gebrochen und das Fussgelenk mit Sprunggkapsel luxiert, also ausgerenkt. Ich wurde notfallmässig ins Spital gebracht und musste fast zwei Wochen lang dort bleiben. Anschliessend folgte noch eine längere Zeit zuhause, in der ich nur liegen konnte und die wenigen Schritte zwischen Bett, Sofa und Badezimmer nur mit viel Mühe an Krücken bewältigen konnte. Ich war also auf Hilfe angewiesen. Vielleicht klingt es etwas abgedroschen oder überheblich, aber ich habe mir bereits, als ich noch auf der Strasse lag und auf die Ambulanz wartete und nicht wusste, ob ich demnächst das Bewusstsein verlieren würde oder nicht, überlegt, wie ich nun mit dieser Situation umgehen soll. Und dabei ist mir schnell der Gedanke gekommen, dass ich jetzt mal sehen kann, wie es ist, wenn man dem Gesundheitswesen ausgeliefert ist und Hilfe braucht, und dass ich das als Chance sehen muss, auch wenn ich mich natürlich ärgerte, dass ich nicht genügend aufgepasst hatte. Immerhin habe ich als Stadtrat mit dem Ressort Soziales, Gesundheit und Alter viel mit dem Thema Hilfsbedürftigkeit zu tun. Darüber sprechen ist ja noch verhältnismässig einfach, aber es selber zu sein, eröffnet doch ganz andere Aspekte. Noch am ersten Abend im Spital hat mich eine Pflegerin gefragt, was mir denn passiert sei, worauf ich meinte, es sei ganz blöd gelaufen. Da hat sie mir geantwortet: „Herr Ganz, ein Unfall ist immer blöd gelaufen!“ Nicht nur das habe ich gelernt, etwas anderes ist mir im Spital schnell aufgefallen. Ärzte und Pflegerinnen haben mich immer als jungen Patienten bezeichnet, obwohl ich doch immerhin 40 Jahre alt bin. Aber immer wieder hörte ich: „Sie sind doch noch so jung, das kommt schon wieder.“ Offenbar ist man sich also im Spital an ältere Patienten gewöhnt. Und da wurde mir plötzlich bewusst, dass das alles vielleicht nur ein Vorgeschmack ist, auf das was noch kommt... Aber halt, ich will ja jetzt weder mir noch Ihnen Angst machen. Ich will damit sagen, dass im Alter das Risiko für Erkrankungen und Unfälle deutlich erhöht ist. Und damit steigt dann natürlich auch die Hilfsbedürftigkeit an. Und da fängt dann das Netz an, das gespannt sein muss, damit die Menschen bei uns gut versorgt sind, wenn sie sich selber in einer Situation nicht helfen können. Dieses Netz hat ist an kein Alter gebunden. Es muss alle – vom Neugeborenen bis zum Überhundertjährigen - halten können und ihm gerechte Lösungen anbieten, die unsere Gesellschaft zu leisten imstande ist.

Wir haben definitiv eine sehr gute Gesundheitsversorgung. Wie wir bei einem Notfall innert Minuten versorgt werden und man sich anschliessend um uns kümmert, ist hervorragend. Es ist mir fast peinlich, dass ich mich ab und zu geärgert habe, wenn ich etwas länger warten musste, als mir lieb war. Und obwohl viele sich über die Krankenkassenprämien ärgern, durfte ich einmal mehr feststellen, dass wir eine perfekte medizinische Versorgung erwarten, wenn wir sie brauchen, und dass wir eigentlich keinen überzessenen Betrag zahlen müssen für unser wichtigstes Gut, die Gesundheit. Allerdings ist die Kostenbeteiligung der Gemeinden an die Spitalfinanzierung schon ein grosses Thema, insbesondere da sie markant angestiegen ist. So beträgt das Budget der Stadt Aarau im Jahr 2012 immerhin etwa Fr. 5.9 Mio. oder 10 Steuerprozent alleine für die Beiträge an Spitäler und Kliniken. Das ist Geld, das an anderen Orten fehlt, wenn man die Einnahmen nicht erhöhen kann. Hier komme ich zu einem wichtigen Punkt, der rechtzeitig angesprochen werden muss, wenn man über Realität und Visionen spricht: Die finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Wie bei jeder Privatperson sind auch bei einem Gemeinwesen die

Mittel begrenzt. In den letzten Jahren wurde ja immer behauptet, Aarau habe praktisch unbegrenzt Geld zur Verfügung, und nun, seit einem guten Jahr heisst es plötzlich das Gegenteil, nämlich dass die Stadt praktisch vor dem Ruin steht. Wahrscheinlich ist beides nicht richtig. Wir haben eine solide Finanzierung mit einem guten Eigenkapital in Aarau, aber die Mittel sind halt doch endlich. Die Erhöhung alleine im Bereich der Spitalfinanzierung ist gigantisch. Und wie bei Familien gibt es auch bei der Stadt Diskussionen um die Verwendung der Mittel. Damit komme ich zu einem Bereich, dessen Kosten für die Stadt (aber natürlich auch der Nutzen für die Betroffenen) in den letzten paar Jahren ebenfalls enorm angestiegen sind: Pflege zuhause. Hätte ich nach meinem Spitalaufenthalt nicht eine Familie gehabt, die mich zuhause betreut hat, hätte ich die Dienste der Spitex nutzen können. Wie Sie wissen, pflegt die Spitex Leute aller Generationen bei Bedarf. Die öffentliche Wahrnehmung betrifft aber vorwiegend die Pflege der Älteren zuhause. Mit dem Begriff ambulant vor stationär wurde in den letzten Jahren eine Strategie forciert, die auf jeden fall mehrheitsfähig ist und als sinnvoll erachtet wird, auch wenn die konkrete Ausgestaltung in der Politik zu reden gibt. Mit dem neuen Pflegegesetz und dem Spitexleitbild wurden die Aufgaben der Spitex, die eine Gemeinde anbieten muss, massiv ausgebaut. Hauptziel ist es, älteren pflegebedürftigen Menschen das Verbleiben im eigenen Zuhause zu ermöglichen und einen Eintritt in eine stationäre Einrichtung zu verzögern. Die Gemeinden sind dafür verantwortlich, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, diese Dienste in Anspruch zu nehmen. Umgesetzt wird dies nicht etwa als Gemeindeaufgabe, sondern durch Vereine, Stiftungen oder AGs, mit denen die Gemeinden eine Leistungsvereinbarung abschliessen. Auch in Aarau ist das so. Der Verein Spitex Aarau bietet im Auftrag der Stadt Aarau Spitexleistungen an. Dazu kommen die Dienstleistungen der Pro Senectute im Bereich der Dienstleistungen zuhause. Wir finanzieren diese beiden Bereiche inzwischen mit rund 1.4 Millionen Franken im Jahr. Ich glaube, wir können mit Recht sagen, dass wir mit der Spitex Aarau eine sehr gute Organisation haben und hochprofessionelle Leistungen anbieten können. Dies hat natürlich auch seinen Preis. Man kann sagen, zwar eine gute Sache, aber halt auch eine sehr teure, die den Blick auf weitere machbare Angebote dann vernebelt. Im Bereich Spitex kommen jetzt nämlich die Visionen erstmals ins Spiel. Und damit komme ich auch erstmals aufs Altersleitbild zu sprechen. Dazu muss ich etwas ausholen.

Im Jahr 2006 hat der Stadtrat beschlossen, ein Altersleitbild erarbeiten zu lassen. Damals war klar, dass mit dem Pflegegesetz neue Aufgaben auf die Stadt zukommen werden. Ausserdem waren die Alterung der Bevölkerung und der demographische Wandel in aller Munde. Zudem hatten wir die Informations- und Koordinationsstelle neu geschaffen und damit eine gute Ausgangslage für eine professionelle Alterspolitik. Ich bin heute noch überzeugt, dass wir damit einen hervorragenden Prozess und ein sehr gutes Arbeitsinstrument geschaffen haben. Aber manchmal, das sage ich Ihnen jetzt hier ganz ehrlich und offen, kommt es mir auch vor, als hätten wir ein Monster erschaffen, mit dem wir nun nicht wissen, wie wir umgehen sollten. Es ist zwar eigentlich müssig, aber eben doch interessant, sich zu fragen, was geschehen wäre, wenn der Stadtrat damals diese Idee nicht gehabt hätte. Wäre ein Altersleitbild aus Kreisen der Bevölkerung oder des Einwohnerrates gefordert worden? Wäre ihm zugestimmt worden? Gäbe es heute überhaupt ein Forära? Nur schon die Gründung von Forära, die ja im Rahmen der städtischen Anlässe zum Altersleitbild initialisiert wurde, hat den Diskurs zum Thema Alter massiv verändert. Aber nicht nur das, sondern der ganze Prozess, der zum Altersleitbild geführt hat, hat sehr viel bewirkt. Es wurden Themen diskutiert, die vorher so nicht diskutiert wurden. Es wurde eine

grosse Zahl von – hauptsächlich älteren – Menschen mobilisiert, sich Gedanken zum Thema Alter zu machen. Und es wurden Themen auf die politische Agenda gebracht, die sonst nicht da wären. Deshalb hat sich aus meiner Sicht die Erarbeitung des Altersleitbildes auf jeden Fall gelohnt, auch wenn die Umsetzung nicht in allen Bereichen so funktioniert, wie wir uns dies gedacht haben. Dazu komme ich aber später noch.

Bei der Erarbeitung des Altersleitbildes war der Gedanke ambulant vor stationär ein zentrales Thema. Oder etwas konkreter ging es immer wieder ums Wohnen, und zwar ums Wohnen in gewohnter Umgebung (was für ein Wortspiel!). An den Quartierveranstaltungen wurde zwar immer wieder betont, es brauche mehr Alterswohnungen, aber ich habe dann die Leute, die dies verlangten, immer gefragt, ob sie denn selber in eine solche Alterswohnung ziehen würden, und die Antwort war fast immer „nein, ich doch nicht, ich will bleiben, wo ich bin“. Übrigens ist mir in diesem Zusammenhang eine Veranstaltung von Forära im Restaurant Rathausgarten noch lebhaft in Erinnerung. Es ging ums Thema Wohnen im Alter und der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, das Interesse enorm. Ich war als Teilnehmer der Podiumsdiskussion anwesend. Zu Beginn hat der Moderator die rund hundert Teilnehmer der Veranstaltung gefragt, wer von ihnen alles einen Umzug in eine Alterswohnung oder ähnliche Wohnform ins Auge fasst. Keine einzige Hand ging in die Höhe. Es war für mich symptomatisch und entsprach meinen früheren Beobachtungen: Das Thema Wohnen im Alter hat eine sehr hohe Bedeutung, aber dabei geht es eben nicht einfach um den Umzug in eine so genannte Alterswohnung. Auf jeden Fall wird man meiner Meinung nach mit dem blossen Erstellen von Alterswohnungen dem Thema nicht gerecht. In vielen Gemeinden im Aargau wird das aber als Alterspolitik aufgefasst: Man erstellt einige so genannte Alterswohnungen. Damit meint man sein Soll erfüllt zu haben. Für mich führt dies aber eindeutig am Ziel vorbei. Ich bin schon der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass es Alterswohnungen gibt. Die Nachfrage besteht, sie soll auch gedeckt werden. Ich bin aber überzeugt, dass es nicht genügt, irgendwo ein Zentrum mit Alterswohnungen zu errichten, sondern dass es vielmehr wichtig ist, dass es zentral gelegene Wohnungen gibt, die altersgerecht sind. Zum Glück ist das heute mit den Entwicklungen im Wohnungsbau bei Neubauten praktisch immer gegeben. Schwellenlos, praktisch eingerichtet, Lift: Die Probleme mit Treppenhäusern, Schwellen etc., die in älteren Häusern vorhanden sind, lassen sich dadurch gut eliminieren. Aber eben, das reicht nicht aus. Die Leute – ganz bestimmt auch Sie, die heute hier sind – wünschen sich vom Wohnen nicht einfach ein schwellenloses Apartment, sondern ein Vorhandensein von Dienstleistungen aller Art, die einfach und gezielt genutzt werden können. Und damit mache ich wiederum den Bogen zu den Visionen im Zusammenhang mit der Hilfe zuhause. Neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Angebot wären die Spitex oder auch andere Anbieter in der Lage, auch weitere Dienstleistungen anzubieten. Erweiterte Spitex-Aufträge ist ein Thema, das wir im Altersleitbild formuliert haben. Die Spitex kennt ihre Patienten am besten und der Bezug zu ihnen ist bereits da. Deshalb merkt sie auch, in welche Richtung allenfalls weitere Dienstleistungen nötig sind. Nur – hier kommt in der Realität natürlich sofort das Geld ins Spiel. Wenn weitere Dienstleistungen gewünscht sind, als die im Gesetz formulierten, wer soll sie dann bezahlen?

Mit dieser Fragestellung kommen wir zu einem ganz zentralen Problem: Wer finanziert alle Wünsche? Wenn ich von Realität und Vision in der Alterspolitik sprechen soll, dann geht es halt einfach ums Geld. Wieviele dieser Wünsche sollen die Nutzniessenden selber bezahlen, wie viel übernimmt der Staat? Und ist es richtig,

dass der Staat die ältere Generation finanziell so stark unterstützt? Immerhin fließen in der Schweiz mit der AHV und Ergänzungsleistungen und über die Krankenkassenprämien Milliarden jährlich von den Jüngeren zu den Älteren. Gleichzeitig gibt es sehr viele der alten Generation mit hohem Vermögen und guten Einkommenssituationen, während gerade Familien oft sehr knapp dran sind finanziell. Und so laufen die Diskussionen letztlich nicht anders als in allen anderen Bereichen: Wenn der Staat unterstützt oder reguliert, wie stark soll er das machen und wie sieht die Kostenbeteiligung der Individuen aus? Ich bin der Meinung, dass hier schon ein Mass gefunden werden muss, das für die Allgemeinheit erträglich ist. Einfach gesagt, sollte das gemacht werden, was der Allgemeinheit auch etwas bringt. Und davon gibt es in der Alterspolitik einige Bereiche. Dort würden sich Investitionen des Staates sicher lohnen. Vielleicht enttäuscht Sie nun meine Aussage, Visionen sollten doch eigentlich nicht an finanzielle Zwänge gebunden sein. Da haben Sie natürlich recht, aber ich bin ja auch Stadtrat um Ihnen umsetzbare Lösungen anzubieten.

Von den vorher erwähnten Zusatzleistungen der Spitex ist es nicht mehr weit zur Unterstützung pflegender Angehöriger. Einen unschätzbaren volkswirtschaftlichen Wert schaffen in der Schweiz pflegende Angehörige. Ohne diese Ehefrauen und Ehemänner oder Töchter und Söhne könnten sehr viele Ältere Mitmenschen nicht mehr zu Hause bleiben. Sie könnten also nicht mehr nach dem Grundsatz ambulant vor stationär leben. Müsste der Staat diese Pflegeleistungen zur Verfügung stellen – mittels Spitex oder Pflegeheimen – käme dies für die Betroffenen und für die Allgemeinheit wesentlich teurer. Deshalb macht es für mich durchaus Sinn, hier Angebote zu schaffen. Diese sollen entlastend wirken und motivieren, Angehörige zu Hause zu pflegen. Die Ausgestaltung solcher Angebote kann unterschiedlich sein. Es gehören Tagesstrukturen dazu, die ähnlich wie ein Kinderhort funktionieren könnten. Angehörige bringen die pflegebedürftigen Personen an bestimmten Tagen in eine solche Institution. Und es kann auch mal ein Ferienaufenthalt sein. Es gehören aber auch Schulungen und Ausbildungen für pflegende Angehörige dazu. Und nicht zuletzt ist es auch denkbar, dass es ein Bonussystem gibt, zum Beispiel bei den Steuern, dass fürs Pflegen ein bestimmter Beitrag abgezogen werden kann. Solche Sachen klingen zwar verlockend, aber hier muss man natürlich aufpassen, dass die Bürokratie nicht noch grösser wird und es wäre etwas, das nicht auf Gemeindeebene angepackt werden kann. In diesem Bereich bin ich zuversichtlich, dass wir in der Region in nächster Zeit im Bereich Tagesstrukturen weitere Fortschritte machen, weil auch auf Bundesebene klar geworden ist, dass die Finanzierung von solchen zu Einsparungen an anderen Orten führen kann. Meine Vision ist deshalb vielleicht etwas bescheiden, aber doch immerhin so, dass wir in Aarau die im Altersleitbild angedachten Gedanken weiterführen können und dass in der Region in den nächsten Jahren gute Entlastungsangebote entstehen, für die die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer nur einen durchaus bezahlbaren Anteil selber finanzieren müssen.

Im grossen Bereich der Entlastungsangebote gibt es unendliche Faktoren, die einer hohen Lebensqualität zuträglich sein können. Eine Vision ist, dass in Aarau in einem gut durchmischten Quartier jung und alt zusammenleben und sich die Menschen nahe kommen und unterstützen, wo Bedarf da ist. Nachbarschaftshilfe ist ein grosses Thema. Ich denke, dass sie heute an vielen Orten schon gut funktioniert, nämlich im Kleinen, nicht speziell Organisierten. Hier haben wir sicher aber noch viel Potenzial. Allerdings glaube ich auch, dass es nicht so einfach ist, Nachbarschaftshilfe zu organisieren. In diesem Bereich ist ja das Forära aktiv, und es kann sicher sagen, wie schwierig es manchmal ist, an die Leute heranzukommen. Wir müssen halt bei uns auch mit dem Charakter der Menschen leben können. Oftmals wird man in der

Schweiz gerne in Ruhe gelassen, und dann ist es sehr schwierig, im Alter plötzlich an die Menschen heranzukommen. Leider gibt es zu viele Menschen, die im Alter (und übrigens auch schon vorher) alleine sind. Allerdings zweifle ich in diesem Bereich an der grossen Wirkung von öffentlichen Angeboten. Trotzdem sollte man es natürlich versuchen, mit gezielten Angeboten Treffpunkte oder Entlastungen zu schaffen. Hier könnte die Aufgabe der Stadt in Zukunft sein, dass sie Angebote von Privaten bekannt machen hilft, dass sie Unterstützung in organisatorischen Fragen anbietet und dass sie insbesondere bei Angeboten hilft, die so genannt quaternah sind, also die Vernetzung der Bevölkerung in Quartieren unterstützt. Und gerne sage ich an dieser Stelle noch einen schönen Satz: Wenn ich wirklich eine Vision haben darf, dann die, dass es in Zukunft gar keine Alterspolitik mehr braucht, weil sich die Menschen in Familie und Quartier so gut unterstützen, dass es die Stadt nicht mehr braucht.

Ich persönlich war übrigens ausserordentlich beeindruckt, wie mir geholfen wurde, als ich den Unfall hatte. Einige Personen, die in der Nähe waren, sind sofort zu mir gekommen, als sie gesehen haben, dass es mich schlimmer erwischt hat und haben sich hervorragend um mich gekümmert. Das war für mich sehr positiv zu erfahren und hat mich optimistisch gemacht, dass sich die Leute bei uns eben schon gegenseitig helfen, wenn es drauf ankommt. Manchmal ist es dann aber so, dass nach einem Spitalaufenthalt die Hilfe zu Hause nicht möglich ist. Mir hat nach meinem Spitalaufenthalt die Familie geholfen. Es wurde mir gekocht und alles weitere gemacht, zu dem ich nicht mehr fähig war. Was ist aber, wenn niemand zu Hause ist, der das machen kann? Hier hilft, insbesondere im Alter, oftmals nur noch das Pflegeheim. Und das muss nicht etwa immer ein dauerhafter Eintritt sein. Gerade nach Spitalaufenthalt gibt es heutzutage das Angebot der Akut- und Übergangspflege, in welcher die wichtigsten Fähigkeiten um den Alltag selbständig zu bewältigen, gezielt trainiert werden. Hier ist das Lindenfeld sehr stark, ein regionales Pflegeheim, das sich auf hoch spezialisierte Pflege und Therapieangebote ausrichtet. Aber auch die meisten anderen Pflegeheime in der Region nehmen heutzutage Personen vorübergehend auf, mit dem Ziel, dass sie nach einer gewissen Zeit wieder nach Hause oder zumindest in eine betreute Wohnform gehen können. Das Angebot der Pflegeheime hat sich in den letzten Jahren sehr stark gewandelt, und ich bin überzeugt, dass wir hier in der Schweiz und auch in der Region Aarau ein sehr gutes Angebot haben. Leider wird oftmals noch immer verkannt, was Pflegeheime heutzutage sind. Mit den Altersheimen aus den 80er Jahren haben sie nicht mehr viel zu tun. Ich erlebe aber immer wieder, dass viele ältere Menschen noch ein solches Bild vor Augen haben, wenn sie von Pflegeheimen, oder dann eben meistens von Altersheimen sprechen. Ein wichtiger Teil von Alterspolitik ist dann immer auch Informationspolitik. Ich finde es wichtig, dass man sich Zeit nimmt, öffentliche Angebote zu erklären, damit man Vorurteile und falsche Vorstellungen abbauen kann. Nicht zuletzt deshalb habe ich gerne zugesagt, heute zu Ihnen zu sprechen, denn damit kann ich zeigen, dass sich Leute mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen, die sich durchaus Gedanken machen und sich etwas überlegen und die nicht einfach die richtigen Lösungen auf der Hand haben. Aber zurück zu den Pflegeheimen. Ich kann mich gut erinnern, wie es eines Tages, als ich noch Kind war, hiess, meine Grosseltern würden jetzt ins Altersheim gehen. Sie waren beide zwar schon recht alt, aber noch sehr gesund und eigentlich gut in der Lage, ihren Alltag eigenständig zu meistern. Ihr Eintritt ins Altersheim erfolgte etwa so, wie heute jemand in eine Alterswohnung zieht. Aber in den letzten 30 Jahren hat hier ein rasanter Wandel stattgefunden, insbesondere seit die Altersheime Pflege anbieten und mit den

Krankenkassen abrechnen können. Heute haben wir in der Region eine ganze Reihe Pflegeheime, die alle auf einem hohen Niveau pflegerische und betreuende Leistungen anbieten. Und ich bin mir sehr wohl bewusst, dass der Eintritt in ein Pflegeheim ein sehr schwieriger Schritt ist. Insbesondere mit dem Grundsatz ambulant vor stationär bedeutet der Eintritt in ein Pflegeheim, dass es eben ambulant nicht mehr geht. Meistens sind es Gründe der Pflegebedürftigkeit, oftmals kombiniert mit sozialen Gründen, insbesondere von Vereinsamung. Und glauben Sie mir, es ist nicht ganz so einfach, eine Institution zu leiten, in welcher vielleicht 100 verschiedene Leute unter einem Dach leben, die sich vorher nicht gekannt und ihr Leben eigenständig gemeistert haben. Im Gespräch mit den Betroffenen und den Familienangehörigen ist die – vermeintlich oder tatsächlich – fehlende Autonomie ein wichtiges Thema. Und doch geht es nicht anders ohne gewisse Kompromisse, von allen beteiligten Seiten. Die Kosten sind auch in diesem Bereich ein grosses Thema. Für die Institutionen ist die Sache so, dass sie ihre Kosten gedeckt haben muss. Aus Sicht der Betriebe ist also vor allem wichtig, dass sie alle Kosten in Rechnung stellen kann. Allerdings sind die Pflegeheime heute dermassen stark reglementiert, dass die Kosten relativ fix und leider sehr hoch sind. Da die Pflege zu einem Teil von den Krankenkassen finanziert wird, gelten in diesem Bereich besondere Vorschriften. Aber auch im Bereich der Hotellerie und der Betreuung sind Grundsätze reglementiert und die Betriebe können nicht einfach machen, was sie wollen. Mit der Verantwortung der Gemeinden für die Bereitstellung von stationären Pflegeeinrichtungen mit dem neuen Pflegegesetz hat dieser Bereich der Alterspolitik in den letzten Jahren stark an Aufmerksamkeit und Bedeutung gewonnen. Bei mir fällt ein grosser Teil der Arbeit als Stadtrat im Zusammenhang mit den Pflegeheimen an. Obwohl es auch einige rein private Angebote gibt – in Aarau etwa das Frauenaltersheim Zelgli, die Residenz Cartau und die Senecasita – sind viele Institutionen doch gemeindenah. So ist die Stadt Aarau in der Stiftung Steinfeld dabei, im Verein und bald in der Aktiengesellschaft Suhrhard in Buchs und im Gemeindeverband Lindenberg. Überall bin ich als Stadtrat in den Aufsichtsgremien – Vorstand oder Stiftungsrat genannt - dabei. Es ist also Aufgabe der Gemeinden, das Angebot dieser Institutionen ganz direkt mitzusteuern. Eine spezielle, heute etwas anachronistische Trägerschaft, haben die Alters- und Pflegeheime Golatti und Herosé. Sie sind nämlich Teil der Stadtverwaltung, also letztlich städtische Betriebe wie die Polizei, der Werkhof oder das Stadtbauamt. Allerdings spielen auch in diesem Bereich die gesetzlichen Rahmenbedingungen, so dass die Stadt in der Ausgestaltung des Angebotes nicht etwa frei ist, sondern genau das selbe macht wie das Steinfeld oder das Suhrhard oder auch die privaten Heime. Ich will voraus schicken, dass ich überzeugt bin, dass wir bzw. die Abteilung Alter es sehr gut macht und ein modernes, professionelles Angebot hat. Trotzdem bedaure ich auch ein bisschen, dass wir diese Trägerschaft immer noch haben. Ich habe nämlich den Eindruck, dass die städtische Alterspolitik viel zu stark mit dem Betrieb von Golatti und Herosé in Verbindung gebracht wird, und zwar sowohl von Leuten, die wenig städtische Alterspolitik wollen wie auch von Leuten, die viel wollen. Einerseits wird nämlich gerne argumentiert, dass wir ja mit dem Angebot im Golatti und im Herosé sehr viel für die alten Leute tun und das schon reicht. Andererseits wird auch ein enormes Augenmerk auf die Betriebe gelegt. Sie stehen unter einem ständigen Rechtfertigungsdruck und müssen für alle möglichen Projektionen hinhalten, die man gerne mit der Stadt in Verbindung bringt. Ich finde es bemerkenswert, dass gerade das Forära immer wieder Veranstaltungen zum Thema der städtischen Heime durchführt, sich intensiv mit Budget und Rechnung von diesen auseinandersetzt und sich auch regelmässig mit

deren Leiter trifft, während wir im Suhrhard und im Steinfeld in aller Ruhe (sage ich mal etwas provokativ) unsere Arbeit machen können, ohne unter dem gleichen Rechtfertigungsdruck zu stehen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich finde es richtig und wichtig, dass sich die Öffentlichkeit und auch Interessengruppen mit der Thematik auseinandersetzen. Ein konstruktiver Diskurs bringt normalerweise alle weiter. Aber es kann eigentlich nicht sein, dass die einen etwas in Ruhe machen können, wofür sich die anderen ständig rechtfertigen müssen. Kommt dazu, dass dadurch, dass das Golatti und das Herosé städtisch sind, gewisse Dinge und Abläufe beachtet werden müssen, die eine Betriebsführung schwierig machen. So müssen zum Beispiel die Leistungen der Informatik, des Gebäudeunterhaltes und der Gebäudeplanung bei der Stadt bezogen werden. Es ist nicht möglich, dies auf dem Markt je nach Bedürfnis zu erhalten. Ausserdem ist der Stadtrat Aufsichtsorgan (also so etwas wie der Vorstand) und der Einwohnerrat für Budget und Rechnung verantwortlich (also eigentlich die GV). Für beide Gremien sind diese Aufgaben aber eher Fremdkörper, weil sie mit betriebswirtschaftlichen Aspekten zu tun haben und nicht mit politischen. Ich finde es sehr gefährlich, wenn der Betrieb eines Pflegeheimes verpolitisiert werden würde. Bisher ist das bei uns zwar relativ gut gelaufen, aber die Gefahr ist immer latent. Und eigentlich, so kenne ich es mit meiner Erfahrung in den verschiedenen Vorständen, macht es Sinn, wenn es ein Gremium gibt, das die ausdrückliche Aufgabe hat, sich um den Betrieb eines Pflegeheimes zu kümmern. Ausserdem ist es bei der Stadt eigentlich so, dass der Einwohnerrat über neue Stellen beschliessen muss. Meistens dauert so ein Verfahren dann mindestens ein halbes Jahr, bis man nur zur Ausschreibung kommt. Bericht an den Stadtrat, Beratung im Stadtrat, Beschluss, Auftrag zur Erarbeitung einer Botschaft an den Einwohnerrat, Beratung der Botschaft, Verabschiedung der Botschaft. Beratung in der vorbereitenden Kommission, Beratung im Einwohnerrat, Abwarten der Rechtsmittelfristen... Und dann kann eine Stelle endlich ausgeschrieben werden. Meine Damen und Herren, in den Pflegeheimen ist das nicht möglich. Dort müssen wir handlungsfähig sein und es muss manchmal schnell gehen. Deshalb wird manchmal auch schnell gehandelt. Der Stellenplan wird dann aber immer erst wieder im Nachhinein mit dem Budget genehmigt. Warum soll man etwas kompliziert machen, wenn es auch einfach geht? Sie merken aus meinen Worten, dass ich mir eine andere Trägerschaft für die städtischen Altersheime durchaus vorstellen kann. Ich bin mir aber auch bewusst, dass das politisch ein sehr heikles Unterfangen ist. Deshalb ist es sicher eine Übung, die man nicht überstürzen darf. Und wie die Bevölkerung darüber denkt, kann ich nicht genau abschätzen. Aber ich sehe aus meiner Arbeit, dass es sehr wohl möglich ist, ein Pflegeheim gut zu führen und die Verbindung zur Stadt, zur Politik sehr eng zu halten, wenn man nicht zur Stadtverwaltung gehört. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass in Zukunft die Heime Golatti und Herosé eine gemeinnützige Aktiengesellschaft sind, deren Aktien sich vollständig im Besitz der Stadt Aarau befinden. Aber es lohnt sich, dass man sich darüber ausführlich Gedanken macht und nichts überstürzt. Aber als Vision ist es doch etwas Schönes! Übrigens komme ich auch hier nicht umhin, etwas zu den Zahlen zu sagen. Mit der neu eingeführten so genannten Restkostenfinanzierung sind die Gemeinden verpflichtet worden, einen Anteil an die Pflegekosten der Bewohnerinnen und Bewohner zu zahlen. Für die Stadt Aarau macht das neu jährlich etwa 1.8 Millionen Franken, oder anders gesagt 3 Steuerprozent aus. Das sind enorme Beträge, die dann an anderen Orten fehlen, insbesondere in der Alterspolitik, weil es heisst, dass da ja schon so viel ausgegeben wird.

Eine weitere Vision im Bereich der stationären Pflege ist die regionale Vernetzung der Angebote. Das ist ein Punkt, den wir im Altersleitbild weit oben in der Prioritätenliste haben und nun auch regional angepackt wird. Der Planungsverband der Region Aarau PRA ist daran, eine regionale Stelle zu bezeichnen, die die Steuerung des Angebotes übernimmt. Meine Vision für die Zukunft ist, dass die Pflegeheime und auch die verschiedenen Spitexanbieter der Region vermehrt zusammenarbeiten und ihr Angebot aufeinander abstimmen. Es macht – insbesondere im spezialisierten Bereich – keinen Sinn, dass alle alles machen. So muss von mir aus nicht jede Institution eine geschützte Abteilung für weglaufgefährdete Demente haben, auch wenn das gerade Mode ist. In Aarau haben wir uns zum Beispiel entschieden, dass dieses Angebot in Buchs und im Lindenfeld vorhanden sein soll und wir es nicht zusätzlich noch anbieten müssen. Vielleicht ist es in Zukunft einmal spruchreif, dass gewisse Angebote, ich denke da an den Bereich Therapien, aber auch Betreuungsangebote, gemeinsam auf die Beine gestellt werden können. In diesem Bereich gibt es sehr viele Möglichkeiten, und dies sogar ohne dass die Stadt selber wahnsinnig aktiv werden muss. Hier kann auf Institutionsebene einiges angegangen werden. Zuversichtlich stimmt mich in diesem Bereich, dass die Zusammenarbeit und der Austausch unter den Institutionen in der Region sehr gut sind.

So, nun aber zu einem anderen Thema. Wir haben in Aarau eine Stelle, die bereits im Jahr 2005 geschaffen wurde und damals wie heute sehr innovativ ist. Ich rede von der – inzwischen – regionalen Informationsstelle Alter. Die Anlaufstelle für alle möglichen Altersfragen wird von Beatrice Feusi sehr kompetent geführt und ist inzwischen neben der Stadt Aarau für sieben weitere Gemeinden zuständig. Mit der Stelle hat die Stadt Aarau seinerzeit die kantonale Aufgabe vorweggenommen, dass die Gemeinden eine Anlaufstelle anbieten müssen. Mit ihrer Ausgestaltung bietet sie aber auch die Möglichkeit, nicht nur passiv tätig zu sein, sondern auch aktiv Altersarbeit zu betreiben. Ich meine hier nicht etwa nur eigene Projekte, sondern nur schon durch das Zusammentragen aller wesentlichen Informationen und das regelmässige aktuell halten derselben, damit verbunden mit dem Kontakt mit allen möglichen Anbietern, sind sehr wertvoll. Mit der Informationsstelle Alter hat die Alterspolitik in den letzten Jahren ein Gesicht bekommen und sie ist gestärkt worden. Würde es sie nicht geben, müsste man sie erfinden! Deshalb ist es mir ein sehr grosses Anliegen, dass wir zu dieser Stelle Sorge tragen. Die Kosten, die sie auslöst, etwa 160'000 Franken jährlich, werden nicht von allen gern gesehen, und dass sich die umliegenden Gemeinden sehr gering daran beteiligen auch nicht. Aber die Stelle hat enorm viel erreicht und dies gilt es auch in Zukunft zu tun. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir in Zukunft organisatorisch andere Formen finden oder auch den Stellenbeschrieb anpassen werden. So ist es für mich durchaus denkbar, dass vermehrt die Zusammenarbeit mit ähnlichen Stellen gesucht wird und dies möglicherweise auch an einem anderen Standort in der Stadt getan wird. Meine Vision ist aber ganz eindeutig: Es muss weiterhin eine eigenständige regionale Informationsstelle Alter in Aarau geben!

Die Informationsstelle Alter hatte seinerzeit die Aufgabe, das Altersleitbild zu entwickeln. Und damit komme ich nun noch einmal auf das Altersleitbild zu sprechen. Man hört ja immer wieder, dass Befürchtungen vorhanden sind, dass das Altersleitbild nicht genügend umgesetzt wird. Und tatsächlich ist es so, dass wir in der Stadt nicht so viel machen können, wie wir uns ursprünglich erhofft haben. Es ist aber nicht so, dass gar nichts geschieht. Von den 15 Massnahmen, die vor zwei Jahren als

prioritär (umsetzbar in den ersten drei bis vier Jahren) bezeichnet wurden, sind immerhin 9 bereits umgesetzt oder an der Umsetzung:

Mitwirkung 50plus: Wird so gehandhabt. Die Stadtverwaltung ist angewiesen, die Bevölkerung über 50 je nach Projekt gezielt miteinzubeziehen. Über das Ausmass kann man natürlich geteilter Meinung sein, wie weit das gehen soll, aber ich denke schon, dass wir weiter sind als auch schon.

Abstimmung mit der Stadtentwicklung: Wird gemacht. Die Stadtentwicklung wird speziell sensibilisiert für die Anliegen älterer Menschen. Man muss bedenken, dass nicht nur die Anliegen der älteren, sondern auch vieler anderer Interessengruppen berücksichtigt werden müssen.

Regionales Demografie-Monitoring: Wird im PRA gegenwärtig erarbeitet. Es ist vorgesehen, etwas Fixes zu installieren.

Gesundheitsförderung: Hier hat sich die Stadt dem kantonalen Projekt Gesundheitsförderung im Alter angeschlossen. Wir sind in den entsprechenden Arbeitsgruppen vertreten und im Netzwerk mit dabei.

Leistungsvereinbarungen über Spitex-Mindestangebot: Ist vollzogen

Themenbezogene regionale Koordination und Vernetzung: Wird via PRA gemacht.

Evaluation und Monitoring des regionalen Bedarfs an ambulanten und teilstationären Angeboten, sowie der Langzeitpflege: Wird ebenfalls via PRA gemacht.

Integration von Generationengrundsätzen in den Politikplan: Wurde als Legislaturziel, wie im Altersleitbild verlangt, formuliert. Wartet allerdings noch auf die konkrete Ausgestaltung.

Regionale Anlauf- und Beratungstelle: Ist bereits seit längerer Zeit regionalisiert.

Auch von den übrigen Massnahmen sind einige bereits umgesetzt und es haben sich diverse Institutionen ihrer angenommen. Ich will aber nicht verschweigen, dass wir noch hätten mehr machen wollen. Wie ich kürzlich im Einwohnerrat bei der Beantwortung einer Anfrage schon sagte, sind wir mit den personellen Ressourcen in der Abteilung Alter am Anschlag. Die Aufgaben, die uns von übergeordneter Stelle gegeben worden sind, haben in den letzten Jahren enorm zugenommen. Damit bleibt immer weniger Zeit und Kapazität, sich anderem zu widmen. Dies ist aber dem Stadtrat auch aufgefallen, und er hat deshalb im letzten Jahr eine Analyse in Auftrag gegeben, die sich mit den Zuständigkeiten und Kapazitäten der Abteilung Alter auseinandergesetzt hat. Die Resultate sollten dem Stadtrat demnächst vorliegen, so dass das weitere Vorgehen beschlossen werden kann. Leider sind die Zeiten momentan nicht so gut, dass man bei der Stadt so locker über Ressourcenerweiterungen diskutieren kann. Zumal nach dem Entscheid des Regierungsrates über unser Budget und den Steuerfuss der Spielraum nicht grösser geworden ist. Ich getraue mich deshalb hier fast nicht, eine visionäre Aussage zur

zukünftigen Ausgestaltung der Abteilung Alter zu machen. Aber vielleicht spüren Sie ja zwischen den Zeilen, was ich mir gerne vorstellen würde!

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt viel über die heutige Alterspolitik und mögliche Visionen gesprochen. Vielleicht habe ich Ihnen zu wenig Visionen vorgelegt. Vielleicht denken Sie, ich sei halt ein typischer Politiker, der sich nicht auf die Äste raus lässt. Das ist durchaus möglich, das ist wahrscheinlich auch etwas mein Typ. Ich darf Ihnen aber versichern, dass ich der Meinung bin, dass die Stadt Aarau in Zukunft eine starke, sichtbare Alterspolitik braucht. Diese muss aber realistisch und umsetzbar sein. Es nützt uns letztlich nichts, zu träumen und nichts zu erreichen. Politik in einer Demokratie ist ein langsamer Prozess, der schleichend nie wirklich zum Ziel führt, aber im guten Fall immer weiter kommt. Ich bin überzeugt, dass wir in den letzten zehn Jahren grosse Fortschritte gemacht haben und ich bin auch genügend selbstbewusst, darauf etwas stolz zu sein und Ihnen das auch zu sagen. Ebenso bin ich überzeugt, dass wir grundsätzlich in die richtige Richtung gehen und uns weiter entwickeln werden. Ganz sicher werden wir in zehn Jahren an einem anderen Punkt sein als heute. Es ist aber sicher richtig, nicht blindlings den Visionen nachzurrennen, sondern die Augen offen zu halten für die Anliegen der Bevölkerung. Dies übrigens nicht nur bei der „alten“ Bevölkerung, sondern eigentlich sollten die Jüngeren miteinbezogen werden, denn schliesslich machen wir die Politik auch immer für die Zukunft. Aber in der Bevölkerung gibt es halt unterschiedliche politische Haltungen, ganz bestimmt auch bei Ihnen hier im Publikum. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht alle die selbe Partei wählen, wenn Wahlen sind. Und bekanntlich beurteilen nicht alle die staatlichen Interventionen als gleich sinnvoll. So wird auch in Zukunft die städtische Alterspolitik nicht einfach am Schreibtisch gestaltet werden können, sondern sie wird zu Diskussionen und unterschiedlichen Meinungen führen. Wichtig ist, dass wir diese zulassen und einander zuhören. Und dass Sie mir so lange zugehört haben, dafür danke ich Ihnen ganz herzlich.

Aarau, 22. März 2012

Michael Ganz

Es gilt das gesprochene Wort.